

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE



Es geht um die Sache!

VON JAN DONHAUSER, VORSITZENDER DER CDU-STADTRATSFRAKTION



Noch ist die neue Wahlperiode jung. Doch schon die ersten Sitzungen des Stadtrates zeigen deutlich, dass die für unsere Fraktion enttäuschenden Ergebnisse der Kommunalwahl erhebliche Veränderungen in der politischen Landschaft mit sich gebracht haben: Die CDU-Fraktion ist nicht mehr die stärkste Kraft, dem Bündnis aus SPD, Linken und Grünen fehlt die Mehrheit, eine gemeinsame Gesprächsgrundlage über die Grenzen der Fraktionen hinweg wurde leider (noch) nicht gefunden. Diese neuen Realitäten verlangen nach einem Umdenken. Unsere Fraktion steht vor der Herausforderung, die Ratsarbeit diesen neuen Bedingungen anzupassen. Die Dresdnerinnen und Dresdner wünschen sich eine CDU-Fraktion, die Engagement zeigt. Die inhaltliche Arbeit steht im Vordergrund. Von daher werden wir grundsätzlich eigene

Anträge einbringen. Bei den Themen Erhalt der Ortschaften, Umwelt und Klima sowie Barrierefreiheit und ÖPNV haben wir bereits erste Akzente gesetzt. Die Hinwendung zur Sacharbeit bedeutet für uns auch, dass wir uns mit Anträgen anderer Fraktionen bzw. Vorlagen der Verwaltung inhaltlich auseinandersetzen. Kein Ansinnen wird automatisch abgelehnt, weil es etwa von „Die Linke“ oder der AfD kommt. Wir stimmen Anträgen und Vorlagen zu, wenn wir zur Auffassung kommen, dass sie gut für Dresden sind und wir lehnen Anträge oder Vorlagen ab, wenn dies aus unserer Sicht nicht der Fall ist. Vor allem wollen wir aber das eigene Profil schärfen.

Dass angesichts veränderter Mehrheitsverhältnisse populistische Anträge zur politischen Profilpflege – wie etwa die Ausrufung von Nazi- und Klimanotstand in Dresden – weder sachlich begründet noch hilfreich sind, zeigen die empörten Reaktionen der Dresdner Bürgerschaft. Die Entscheidung der Stadträtin Manuela Graul (Freie Bürger), sich unserer Fraktion anzuschließen, ist ein er-

freulicher Umstand. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit ihr und sehen unsere Kompetenzen vor allem im Sozial- und Gesundheitsbereich gestärkt.

Viele Bürger haben uns ihr Vertrauen geschenkt. Dieses Vertrauen ist unser Auftrag. Die CDU-Fraktion wird mit Engagement und Sachverstand streitbar für die weiterhin gute Entwicklung unserer Stadt eintreten. Dazu gehören offene Augen und Ohren für die Probleme und Anliegen unserer Bürger ebenso wie Offenheit und Gesprächsbereitschaft über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg. Es geht uns um die Sache, um Dresden, unsere gemeinsame Stadt. Die CDU-Stadtratsfraktion muss in Zukunft wieder stärker als gestaltende Kraft mit guten Ideen und Lösungsvorschlägen wahrgenommen werden. Gemeinsam mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, bringen wir Dresden voran.

Jan Donhauser,
Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion
donhauser@dresden-cdu.de



Fehlende Regeln sind ein Riesenproblem

CDU-Kulturexpertin sieht Handlungsbedarf bei Straßenmusikausübung

VON PETRA NIKOLOV,
KULTURPOLITISCHE SPRECHERIN



Sowohl die zahlreichen Beschwerden als auch die aktuell im Petitionsausschuss diskutierte Bürgerinitiative zu Lautstärkeregelungen zeigen eines ganz deutlich: Wir brauchen endlich verbindliche und praktikable Regeln, um dem zügellosen Treiben Einhalt zu gebieten. Offenbar finden viele Straßenmusiker nicht das rechte Maß oder verwechseln Lautstärke mit Qualität. Unverhältnismäßig laute Darbietungen sind für Anwohner, Angestellte und Besucher in Dresdens Innenstadt eine Zumutung. Für mich steht daher außer Frage, dass die geltenden Regelungen unzureichend sind. Nun ist der Leidensdruck offenbar so

groß geworden, dass sich Betroffene nicht mehr nur beschweren, sondern sich mittels Petitionen hilfesuchend an den Stadtrat wenden. Die Dresdner erwarten von uns die Beseitigung eines echten Missstandes. In der Vergangenheit hatte sich Rot-Rot-Grün wiederholt über den Willen der Bürger hinweggesetzt und jeden Lösungsansatz blockiert. Zuletzt scheiterte eine Verwaltungsvorlage zum Verstärkerverbot am Widerstand des Linken Blocks – aus meiner Sicht ein Armutszeugnis für die Dresdner Stadtpolitik.

Wir, die CDU-Fraktion, werden das Anliegen der Petition auf die Tagesordnung des Kulturausschusses setzen und einen neuen Anlauf zur Lösung der offenen Fragen unternehmen. Ein entsprechender Antrag ist in Arbeit. Andere Städte machen uns vor, wie es gehen kann. Im Zweifel muss eine Expertenanhörung Bewegung in die

verfahrene Lage bringen. Unser Ziel jedenfalls bleibt eine kulturvolle und ansprechende Straßenkunst. Lärmintensive Verdrängungswettbewerbe auf Kosten der Anwohner lehnen wir ab.

✉ Petra Nikolov, Kulturpolitische Sprecherin
nikolov@dresden-cdu.de



Engagement zahlt sich aus – endlich Baustart auf der Tronitzer Straße

VON STADTRÄTIN HEIKE AHNERT



Auf der Tronitzer Straße haben die Bauarbeiten endlich begonnen. Entlang der vielbefahrenen Straße werden in den nächsten Wochen 200m neuer Gehweg entstehen und eine Straßenbeleuchtung installiert.

Mehr als zwei Jahre sind ins Land gegangen. Schon im Juni 2017 gab der Stadtrat auf Initiative der CDU hin grünes Licht für die Baumaßnahme. Dann dauerte die Planung anderthalb Jahre. Nun wird endlich gebaut. Ich bin sehr froh, dass sich unser Einsatz und unsere Beharrlichkeit gelohnt haben. Wir sorgen mit Fußweg und



Beleuchtung für mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, vor allem aber für die Fußgänger.

Das Beispiel Tronitzer Straße zeigt, dass man in der Kommunalpolitik und im Umgang mit der Stadtverwaltung viel Geduld braucht. Nicht nur dauerte das ganze Vorhaben unverhältnismäßig lange, auch gab es erhebliche Reibungs- und Abstimmungsprobleme zwischen Umwelt- und Tiefbauamt. Aber das Engagement gerade auch für kleinere Projekte zahlt sich früher oder später aus. Bleibt zu hoffen, dass die Bauarbeiten nun planmäßig laufen und sich die Zschierener alsbald über einen neuen und gut beleuchteten Fußweg freuen können.

✉ Heike Ahnert, Bildungspolitische Sprecherin
ahnert@dresden-cdu.de

Klimanotstand – Nazinotstand

Links-grüner Politikzirkus und seine Folgen

VON PETER KRÜGER,
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDER



Die neue Ratsperiode ist noch jung. Wer die Hoffnung hatte, dass nach den ideologisch geführten Grundsatzdebatten des Wahlkampfes, und verbalen Entgleisungen von linker Seite nun endlich die Sachpolitik wieder Einzug halten würde, wurde bitter enttäuscht.

Mit gleich zwei provokanten Anträgen trieb der fraktionslose Abgeordnete Aschenbach der Satire-Partei „Die Partei“ den links-grünen Block vor sich her. „Klimanotstand“ war der erste Antrag überschrieben, in dem der Antragsteller mit großem Getöse für Dresden den Notstand ausrufen wollte. Im integrierten Klimaschutzkonzept sind bis 2030 jedoch schon klare Ziele definiert, erläuterte Stadtratskollege Veit Böhm sachlich die aktuelle Lage. Aktionismus a la rot-rot-grün, der gerade in den allgemeinen Mainstream passt, hilft diesem in der Sache wichtigen Anliegen nicht weiter. Zwar ist es zutreffend, dass die angestrebte Verringerung des CO₂-Ausstoßes bisher nicht ausreichend war. Eine Verschärfung der Ziele, wie sie die Grünen anstreben, ist aber aus unserer Sicht wenig hilfreich, solange nicht klar ist, wie wir diese Richtwerte erreichen können. Die CDU beteiligt sich nicht am Überbietungswettbewerb einer ideologisch eingefärbten Umweltpolitik, die sich immer weiter von der Realität entfernt. Umwelt- und Klimaschutz gehen nur gemeinsam mit den Bürgern – nicht gegen sie. Dabei sind Maß und Mitte und eine seriöse Finanzierung entscheidend. Wir sind mit drei umweltpolitischen Anträgen in die neue Wahlperiode gestartet – ein klarer Aufschlag, mit dem wir unser Engagement auf diesem wichtigen Politikfeld unterstreichen. Darin machen wir konkrete Vorschläge, um Dresden grüner und klimafreundlicher zu gestalten - etwa in der



Unterstützung privater Baumpflanzinitiativen und bei der Förderung von Blühwiesen im Stadtgebiet. Die linksgrüne Symbolpolitik, die mit großem öffentlichen Tamtam und fragwürdiger Kampfrhetorik ins Feld zieht, bleibt demgegenüber inhaltsleer.

Missbrauch des Stadtrates

Mit einer Erklärung zum vermeintlichen „Nazinotstand“, sorgte Rot-Rot-Grün für weltweite Schlagzeilen. Angereichert mit linker Kampfrhetorik, war es vor allem der Begriff „Notstand“ und die Einseitigkeit der Erklärung, die es uns unmöglich machte, diesem Antrag zuzustimmen - auch wenn wir das Anliegen gegen politischen Extremismus im Grundsatz teilen. Der reißerische Titel lässt ohnehin eher ein anderes Kalkül vermuten: Die Freude an der schnellen Schlagzeile, das große Medienecho. Das ist den Antragstellern mit dieser Begriffswahl zweifellos gelungen – aber gewiss nicht zum Vorteil der Stadt. Bis in die internationale Medienlandschaft hat es der Begriff „Nazinotstand“ geschafft.

In der Weltöffentlichkeit wurde Dresden einmal mehr mit politischem Extremismus in Verbindung gebracht. Kein Wunder, dass angesichts solcher Behauptungen der Tourismuschef das Handtuch wirft. Hoteliers und Gastronomie jedenfalls sind alarmiert. Erste Stornierungen lassen für die touristisch wichtige Advents- und Weihnachtszeit Schlimmes erwarten.

Dieser Antrag führt die Stadtgesellschaft nicht zusammen. Er spaltet. Viele Menschen werden ihn als das empfinden, was er ist: eine Provokation. Wir haben uns daher klar und deutlich von einer solchen Politik distanziert und lehnen diese Erklärung ab.

 Peter Krüger, Stadtrat
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
krueger@dresden-cdu.de

KURZ & KNAPP

Herzlich Willkommen Manuela Graul!



Die CDU-Fraktion bekommt Zuwachs. „Mit der Stadträtin vom Bündnis Freie Bürger, die in der Volkssolidarität engagiert ist, dokumentiert die CDU, dass ihr soziale Themen wichtig sind“, erklärt Jan Donhauser, Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion.

Die Fraktion hat einstimmig beschlossen, Manuela Graul in ihren Reihen aufzunehmen. Dass damit auch Rot-Rot-Grün die entscheidende Stimme zur Mehrheit fehlt, sieht der Vorsitzende gelassen: „Die Zeit der politischen Blöcke ist vorbei. Zurück zur Sachpolitik.“

Der Gipfel der Intransparenz

Linke Bürgermeisterin hintergeht Stadtrat

VON STADTRÄTIN HEIKE AHNERT



Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Vorgehen der Bürgermeisterin ist ein Paradebeispiel an Intransparenz!

Erst durch mein hartnäckiges Nachfragen ist ans Licht gekommen, dass hinter einer Routinevorlage für durchlaufende Posten offenbar eine Ausweitung der Leistungen für Asylbewerber steckt. In der Verwaltungsvorlage mit dem harmlosen Titel „Finanzielle Änderungen im Bereich Asyl im Jahr 2019“ hat die Frau Dr. Kaufmann (LINKE) die komplette Leistungserbringung neu strukturiert. Die freien Träger sollen zukünftig höhere Summen erhalten. Informiert wurden die Stadträte und der zuständige Sozialausschuss darüber nicht. Es war klar der Versuch, den Stadtrat sowohl fachlich als auch in seiner Haushaltshoheit zu hintergehen.

Ich bin froh, dass der Finanzausschuss der Bürgermeisterin hier Grenzen aufgezeigt hat. Sie muss jetzt sowohl die Ausweitung des Leistungsumfangs zur Asylbewerberbetreuung als auch den Umgang mit den Zuschüssen des Freistaats offenlegen. Für uns stellt sich der Fall wie folgt dar: Der Freistaat hat die Pauschale für die Betreuung von Flüchtlingen deutlich angehoben. Wo früher die Landeshauptstadt noch eigene Mittel beisteuern musste, weil die Pauschale die Kosten nicht gedeckt hat, ist durch die Anhebung der Pauschale jetzt sogar Geld übrig: knapp 2,5 Mio. Euro. Aber anstatt das offen zu kommunizieren, handelt die Sozialbürgermeisterin hinter dem Rücken des Stadtrats Verträge mit freien Trägern aus, deren Leistungsumfang über das hinausgeht, was noch vor wenigen Monaten Standard war. Frei nach dem Motto: ‚Wenn schon Geld da ist, können wir es auch mit beiden Händen ausgeben!‘ Dieses Vorgehen sollte dann durch den Finanzausschuss nachträglich legitimiert werden.

Dass nicht einmal der dafür zuständige Sozialausschuss einbezogen wurde, um die fachlichen Kriterien dieser Mehrleistungen zu beurteilen, ist ein Affront! Heimlich, still und leise wollte die Bürgermeisterin hier ohne fachliche Kontrolle Tatsachen in Millionenhöhe schaffen. Das ist der Gipfel an Intransparenz! So verspielt man bei einem so sensiblen Thema jedes Vertrauen. Im Juli hat der Stadtrat den Fachplan Asyl beschlossen. Bereits damals gab es fraktionsübergreifende Kritik, dass die einzelnen Maßnahmen des Fachplans finanziell nicht untersetzt wurden. Es war mit Frau Dr. Kaufmann vereinbart, dass sie in Umsetzung des Plans die konkreten Maßnahmen mit den jeweiligen Kosten auf den Tisch legt und damit zumindest nachträglich so etwas wie Transparenz schafft. Der Umgang mit aktueller Vorlage zu den Asylkosten ist das Gegenteil dessen.

Heike Ahnert, Bildungspolitische Sprecherin
ahnert@dresden-cdu.de